

# Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine  
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher  
Abonnementpreis: durch die Post bezogen  
1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. —  
Die Postanstalten für Berlin alle Zeitungs-  
Echtheits- und Besondere Bestimmungen an —  
Inferate pro Jahr: Geschäftsamt, 25 Pf.,  
Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf.,  
Arbeitsamt gratis. Redaktion  
u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
vom

Centralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Girisch-Dunder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.  
unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder  
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche  
franco an den Verbands-Postamt Greifswalder  
Str. 221, N.O., Greifswalderstr. 221/22, ein-  
zuliefern sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro  
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement  
seitens der Gewerksvereine 85 Pf. pro Exempl.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 49.

Berlin, 8. Dezember 1905.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Nahrungsmittel- und Alkoholkonsum im Haushalte des amerikanischen Arbeiters. — Die Berichte der preussischen Gewerbetätige für 1904. — Wochenchau. — Gewerksvereins-Zeitung. — Verbände-Zeitung. — Anzeigen-Zeitung.

### A Nahrungsmittel- und Alkoholkonsum im Haushalte des amerikanischen Arbeiters.

Die sehr verdienstvolle Gesellschaft für Medizinische Reform, Hygiene und Medicinalstatistik verhandelte in ihrer Sitzung vom 9. November über die Frage der Lebenshaltung der Arbeiter in Amerika. Die Debatte wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Herrn Professors Laquer-Wiesbaden. Der Redner war im Auftrage der Medizinischen Fakultät bezw. der Gräfin Bose-Stiftung zum Studium der Temperenzfrage längere Zeit in den Vereinigten Staaten. Dort gibt es 7 Millionen Fabrik- und 7 Millionen Landarbeiter, in Deutschland je 8 Millionen. Die Ernährung der Massen ist bei gleicher geographischer Lage, Beschäftigung und Arbeitszeit abhängig von dem Kraftverbrauch derselben, sowie von ihrem Einkommen; nur letzteres ist bestimmbar. Der Erörterung der Ernährungsfrage muß daher vorausgehen die Lohnstatistik. Die 7 Millionen amerikanischen Lohnarbeiter bezogen im Jahre 1900 durchschnittlich 475 Dollars oder 1920 Mk., das ist 6 1/2 Mk. pro Tag. In Deutschland betrug im gleichen Jahre der Durchschnittslohn 780 Mk. Das Verhältnis ist also 6,40 Mk. zu 2,60 Mk. Dabei ist in Rechnung zu stellen die Kaufkraft des Geldes. Der amerikanische Boden ist bis in die jüngste Zeit, da, wo er zum ersten Male besiedelt wurde, den Farmern geschenkt worden. Da er außerdem jungfräulich und fruchtbar ist, so sind seine Erzeugnisse billig. Die hohen Fabrikpreise werden durch die Technik der Produktion (Centralisation der Betriebe) und des Absatzes (Maarenhausstil) ausgeglichen. Der billige Massenartikel beherrscht den Konsum des kleinen Mannes. Zusammen mit der billigen Nahrung bewirkt er eine hohe Kaufkraft des Dollars. Die 475 Dollars Lohn bedeuten also wirklich 1920 Mk. Die von Professor Grotjan für deutsche Verhältnisse aufgestellte These, daß der Proletariat in Mitten der Abwandlung von ländlicher zu städtischer Nahrung stehen geblieben sei, gilt nicht für Amerika. Der amerikanische Arbeiter ist dreimal soviel Fleisch, Wehl, Zucker, Gemüse, Früchte, Obst, zweimal so viel Eier, die Hälfte Kartoffeln, 1/2 Brod und zwar Weizenbrod wie der deutsche. Diese Kost hat folgenden Vortritt: 1. Geringeres Volumen (Menge), 2. mehr Eiweiß, 3. größere Schmachhaftigkeit und Abwechslung. Wie die Preistabelle des September-Bulletin des Bundesarbeitsamts zu Washington von 1904 ergab, zahlt der amerikanische Arbeiter für den erhöhten Konsum nicht mehr als er in Deutschland zahlen würde. Der amerikanische Arbeiter giebt für Nahrung ungefähr den gleichen Prozentsatz seines Einkommens aus wie der deutsche, nämlich 43 pCt.

Für Wohnung, Möbel, Beheizung, Beleuchtung verbraucht der amerikanische Arbeiter 23 pCt., das sind 7 pCt. mehr als der deutsche, für Kleidung ist der Prozentsatz der gleiche, nämlich 13 pCt. Für Verschwendung 21 pCt., in Deutschland 28 pCt. Dieses Mehr von 7 pCt. in Deutschland führt Professor Laquer auf den Alkoholkonsum zurück. Von ca. 2500 amerikanischen Arbeiterfamilien, deren Haushaltungsbücher das Arbeitsamt wirtschaftlich untersuchte, waren 50 pCt. ganz enthaltsam, die übrigen

50 pCt. verbrauchten 3,2 pCt. für alkoholische Getränke. Es giebt in Amerika Gewerksvereine, die den Alkohol statutengemäß bekämpfen.

Die Zahl der Mitglieder dieser Gewerksvereine beträgt eine Viertelmillion, etwa 15 pCt. aller Organisirten. Daß der amerikanische Arbeiter weniger trinkt als der deutsche, wird von dem Redner zurückgeführt auf die gute Ernährung einerseits und den hohen Preis der Getränke andererseits. Ferner wirken hierbei mit der Sport, die besseren Wohnungen, der schlechte Ruf der Kneipen u. s. w. In vielen Betrieben Amerikas ist jeder Alkoholgenuß streng verboten. Besonders die Transportgewerbe sind als während der Arbeit enthaltsam zu bezeichnen. In Deutschland besteht in den Betrieben vielfach nur das Schnapsverbot. Der Redner erörterte sodann die Frage, was zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs in deutschen Arbeiterkreisen geschehen könne. Da komme zuerst die Selbsthilfe in Betracht. Es müsse Regel werden, daß der Arbeiter während der Arbeit gar keinen Alkohol trinke. Die Arbeitgeber könnten die Bestrebungen unterstützen durch Schaffung von Gelegenheit zum Genuß von Kaffee, Thee und anderen Getränken an der Arbeitsstelle. In den Volksschulen und Fortbildungsschulen müsse Aufklärung über die Schäden des Alkoholmißbrauchs gegeben werden.

In der Diskussion warnte Dr. Körtin vor den allzu radikalen Abstinenzanordnungen. Wie sehr diese schaden könnten, zeige die nordamerikanische Armee. Seit es dem Temperenzverein gelungen sei, die Kantinen in allen Quartieren der Armee und Flotte zu unterdrücken, habe sich neben den Geschlechtskrankheiten auch das Delirium tremens vervielfacht. Mit Beseitigung ihrer beaufsichtigten Erholungsstätten verfielen die Leute der unkontrollierbaren Verführung. Herr Dr. Grotjan, dessen Arbeit über die „Wandlungen in den Volksernährung“, erschienen in Schmoller's „Forschungen“, vom Vortragenden erwähnt wurde, führte aus, daß er in jener Arbeit darauf aufmerksam gemacht habe, daß in den Ländern, die im Uebergang vom Agrarstaat zum Industriestaat begriffen sind, sich eine eigentümliche Art von Unterernährung nachweisen lasse. Was der Redner dann ferner sagte, ist so interessant und geistvoll, daß wir es hier, wenn auch nur auszugsweise im Wortlaut folgen lassen wollen:

Die vom Bande in die Stadt Einwandernden essen nicht mehr in genügendem Maße wie ihre häuerischen Vorfahren Roggenbrod, Kartoffeln, Leguminosen, Molkereiprodukte, Fett und Mehlspeisen, und essen noch nicht genug Fleisch, Zucker, Butter und Weizenbrod, wie die besseren Kreise, deren Ernährung sie in dunkler Erkenntnis ihrer Zweckmäßigkeit zwar nachahmen, aber mangels genügender Geldmittel nicht erreichen können. Die Ausführungen des Herrn Vortragenden beweisen, daß die hochgelobten amerikanischen Arbeiter die rationelle Weizenbrod-Zucker-Fleisch-Kost schon vollkommen acceptirt haben. Die Mehrzahl der deutschen Proletariat ist zur Zeit noch nicht in dieser glücklichen Lage. Höheren Lohn und gesteigerte Kaufkraft in Folge Verbilligung der besseren Nahrungsmittel kann allein hier einen Wandel schaffen, der vom sozialhygienischen Standpunkte so dringend zu begrüßen wäre.

Der Herr Vortragende hat die treffende Bemerkung gemacht, daß in der amerikanischen Volkswirtschaft die hohen Löhne vollkommen ausgeglichen würden durch die hochentwickelte maschinelle Technik und die vollkommene Organisation des Absatzes. Gestatten Sie, daß ich diese Bemerkung etwas unterbreite. Unter uns geht noch vielfach die Vulgärökonomie mit ihren

Plattstellen um, die behauptet, ein Industriestaat könne auf dem Weltmarkt nur bei niedrigerem Stand der Löhne konkurrenzieren. Nichts ist falscher als das, und das Beispiel der amerikanischen Arbeiter beweist es: hohe und höchste Löhne schaffen einen werthvollen inneren Markt, staufen die Technik zu immer steigendem Ertrag der teureren Menschenhand durch Maschinen an und entwickeln dadurch den Industriestaat zu seinen höchsten Leistungen. Für Nationalökonomien sind das Binsenwahrheiten. In diesem Kreise muß es aber doch einmal hervorgehoben werden. Denn vom sozialhygienischen Standpunkte müssen wir Ärzte unseren Lohnarbeitern ein schnelles und ausgiebiges Steigen der Löhne wünschen; und wir können das um so freudiger und rücksichtsloser thun, wenn wir wissen, daß wir damit dem Industriestaat keineswegs die Art an die Wurzel legen helfen.

Die interessantesten Ausführungen des Herrn Vortragenden bezogen sich auf die Emanzipation der amerikanischen Arbeiter vom Alkoholmißbrauch oder gar vom Alkoholgenuß schlechthin. Ich habe in meinem Buche über den Alkoholismus seiner Zeit den Veißag aufgestellt, daß mit einem Steben des sozialen Abwands der Alkoholkonsum in der Lohnarbeiterschaft abnimmt und diese den Lehren der Temperenz- und Abstinenz-Bewegung zugänglich gemacht wird. Man hat mich mit dem Hinweis zu widerlegen versucht, daß in Oberösterreich, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und den Großstädten Deutschlands das Steigen der Arbeitslöhne den Verbrauch alkoholhaltiger Getränke erheblich vermehrt hat. Aber auch das ist nur eine Uebergangsercheinung, indem die vom Lande und aus dem östlichen Deutschland der Industrie zufließenden Arbeiter zu roh und zu ungebildet sind, als daß sie ihrem Genußleben eine andere Richtung geben könnten, denn in Gestalt des vermehrten Trinkens. Das Beispiel des amerikanischen Arbeiters beweist uns aufs Deutlichste, wie aus dem Ausführungen der Herren Vortragenden hervorgeht, daß eine dauernde Lebenshaltung, wie sie dem amerikanischen Arbeiter sein relativ großes Einkommen Gewähr leistet, den Alkoholgenuß vermindert und den Arbeiter den Lehren der Temperenz- und Abstinenz-Bewegung zugänglich macht. Hoffen wir, daß die besseren Arbeiterkategorien Deutschlands dem Beispiel ihrer amerikanischen Kollegen bald nachfolgen.

Manche Seiten des amerikanischen Lebens nötigen dem Sozialhygieniker in der That Bewunderung ab. Aber ich möchte mich doch dagegen verwahren, zu denen zu gehören, die uns raten, unsere Vorbilder ausschließlich aus Amerika zu bestehen. Denn ich bin mir zu sehr bewußt, daß im amerikanischen Volksleben ein Wurm frißt, der die Zukunft dieses Volkes aufs Graßlichste bedroht und dessen schädlicher Einfluß auch nicht durch die großen hygienischen Vorzüge der amerikanischen Lebensweise paralysirt wird. Ich meine die allgmeine Verbreitung der Geburten-Prävention (= Vorbeugung), die bereits einen Bevölkerungs-Stillstand, ja sogar Bevölkerungs-Rückgang der einheimischen Yankee-Bevölkerung hervorgerufen hat, der nur mühsam durch die enorme Einwanderung verdeckt wird. Es ist der amerikanischen Nation gelungen, nicht nur das Zweitkindersystem aus Frankreich zu importieren, sondern das Einkindersystem und das Nullkindersystem dazu zu erfinden. Erzielt wird dieses System nicht nur durch eine ausgebildete Technik der Conceptionsverhütung (= Verhütung der Schwängerung), sondern auch durch den Eifer, mit dem die amerikanischen Ärzte den kriminellen Abort vornehmen. Es existirt dafür eine bestimmte Taxe, die in der Arbeiterbevölkerung nur 10 Dollar pro Fall beträgt. Daß diese Verordnungen sich niemals ändern werden, ist nicht abzusehen, und die Folge davon wird sein, daß der blonde Yankee, der aus holländischem, englischem und deutschem Blut entstanden ist, allmählich austirbt und dem einwandernden irischen, slavischen und italienischen Blute weichen muß. Wenn auch diese der landesüblichen Unsitte folgen, so werden wohl die mongolischen Völler mit ihrem fabelhaften Bevölkerungsüberschuß die Erbschaft antreten.

Sie sehen also, Nordamerika ist keineswegs das Land der unbegrenzten, sondern vielmehr das der absolut begrenzten Möglichkeiten. Wenn wir uns also dem Gesamtbilde der dortigen hygienischen Kultur gegenüber auch ablehnend verhalten sollten, so können wir doch zugeben, daß einzelne Seiten des hygienischen Verhaltens der Amerikaner für uns vorbildlich sein müssen. Dazu gehört vor Allem, wie wir von dem Herrn Vortragenden gehört haben, der erfolgreiche Kampf, den das amerikanische Volk seit nahezu ein Jahrhundert gegen den Mißbrauch geistiger Getränke geführt hat. Denn mag die dortige Art der Bekämpfung des Alkoholismus manchen Humbug und äußeres Blendwerk mit sich führen, es ist doch ein großartiges Resultat, daß in einem Lande, in dem 9 Millionen direktionsloser Regler leben und in dem ein großer Theil der Bewohner aus Einwanderern von zweifelhaftem Charakter besteht, die Kopfquote des jährlichen Alkoholverbrauches nur halb so groß ist wie in Deutschland.

Herr Dr. E. J. Reifer hält die Amerikaner nicht für so nüchtern wie der Referent sie hingestellt habe. Die Haushaltbudgets stellten nur die Ausgaben für Alkohol in den

Haushaltungen fest, nicht aber die Verbrauchsmenge überhaupt. Wie Herr Fabrikbesitzer Sandmann, der seiner Zeit als Sachverständiger von der preussischen Regierung nach Amerika geschickt war, mitgeteilt habe, pflegten die Leute in Amerika vor der Mittagsmahlzeit mit nüchternem Magen in die Destillation zu gehen. Da müsse jeder eine Lage spendiren wie bei uns, es gehe die Reihe herum. Die Wirkungen des Alkohols seien in Amerika viel schädlicher als bei uns in Deutschland.

Der Referent, Herr Professor Laquer, bekräftigte, daß das Traktiren ein amerikanischer Unfug sei. Er sei selbst öfters in die Bars hineingegangen und habe die Arbeiter sich gegenseitig „treaten“, d. h. sich freihalten sehen; die Leute waren nach sehr kurzer Zeit, wenn man so sagen darf, „erledigt“; sie vertranken weniger in der kurzen Zeit als die deutschen Arbeiter; direkt von der Arbeit stürmten sie ermüdet in die Bars. Der Organismus der amerikanischen Arbeiter sei, weil stärker angestrengt bei der intensiven Arbeit, auch schneller erschöpft. Die deutschen Arbeiter „hockten“ stundenlang in der Kneipe. Der amerikanische Arbeiter „stehe“ in der Bar und sei in kurzer Zeit mit seinem Trinkpensum fertig. Bestehen bleibe, daß der deutsche Arbeiter eine größere Quote für Getränke ausbeute als der amerikanische. Der amerikanische Arbeiter esse mehr Obst und Obstsalzen. Die Öbsternte in Amerika habe im letzten Jahre 83 Millionen Dollar betragen.

Vortrag und Debatte boten so eine große Menge von wichtigen Anregungen zum Nachdenken. Wer diese wichtigen Gründe für eine gesunde Volksernährung liest, der muß es dann nur noch unverständiger finden, daß man in Deutschland eine Politik zur künstlichen Vertheuerung der Lebensmittel machen konnte.

**Dr. E. E. Die Berichte der preussischen Gewerbeärzte für 1904.**

**VII.**

**Die Bergarbeiter.**

Der letzte gewaltige Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, der die öffentliche Meinung eine geraume Zeit in Spannung hielt, ist zwar beendet. Doch fehlt es nicht an Anzeichen, daß es augenblicklich dort wieder gährt.

Wie im Leitartikel Nr. 45 des „Gewerbeverein“ schon des Näheren hierüber ausgeführt wurde, sind es die sogenannten Ueberweisungsscheine und die Normalarbeitsordnung, welche von Neuem die Arbeiter in Aufregung versetzt haben. Und wenn es der Friedener-Kommission, die schon wieder eifrig an der Friedensarbeit ist, nicht gelingen sollte, das im Stillen noch ruhig brennende Flämmchen der Bewegung zu erstickend, so wird es nur des kleinsten Anstoßes bedürfen, um dasselbe zu vernichtenden Flammen mächtig auflodern zu lassen.

Gerade in Anbetracht dieser erneut gespannten Verhältnisse, welche eben im großen Gebiete der Grubenbarone herrschen, dürfte es besonders angebracht sein, an der Hand der amtlichen Berichte der preussischen Bergbehörden die soziale Lage der Bergarbeiter in Preußen zu beleuchten.

Zunächst dürfte es von Interesse sein, die Zahl der in Preußen beschäftigten Bergarbeiter kennen zu lernen. Im Ganzen wurden im verfloßenen Jahre beschäftigt 581 432 Arbeiter (gegen 559 137 im Vorjahre), also 22 295 mehr. Davon waren erwachsene männliche Arbeiter 553 530 (gegen 531 757 im Vorjahre), also 21 773 mehr beschäftigt; Arbeiterinnen zusammen 9181 (gegen 9093 im Vorjahre). Davon waren 16 bis 21 Jahre alt: 4484 (gegen 4093 im Jahre 1903); über 21 Jahre: 4697 (gegen 5000); junge Leute von 14 bis 16 Jahren 18 632 (gegen 18 189 im Vorjahre), davon männlich: 17 922 (gegen 17 474), weiblich 710 (gegen 715 im Vorjahre); endlich Kinder unter 14 Jahren: 89 (gegen 98 im Jahre 1903).

Ueber den Verkehr der Bergarbeiter mit den Aufsichtsbeamten äußern sich dieselben fast alle dahin: „Den Arbeitern war bei den Befichtigungen und Befahrungen reichliche Gelegenheit gegeben, mit den Beamten der Bergbehörde in Berührung zu kommen und ihre Anliegen und Beschwerden vorzubringen. Hierbon ist jedoch seitens der Arbeiter kein Gebrauch gemacht worden.“ (Breslau, Süd-Ostpreußen, S. 527, Ostpreußen, S. 559, Dortmund, Hattingen, S. 604, Ost-Essen, S. 619). Allzu großes Vertrauen zu den Aufsichtsbeamten scheint unter den Bergarbeitern darnach nicht vorhanden zu sein, eine Thatsache, die durchaus nicht erfreulich ist. Nur der Bergath Most-Süd-Vochum meldet: „Aus dem Kreise der Arbeiter gingen verschiedene Beschwerden, unter welchen sich erfreulicher Weise auch einige mit Namensunterschriften befanden, ein. Dagegen machten ab und zu in den Berggewerbegerichtsverhandlungen die Kläger ihrem Herzen über Mißstände Luft. . . Die so vorgebrachten Beschwerden erwiesen sich in vielen Fällen wohl übertrieben; in einem Falle gab eine solche jedoch Ber-

anlassung, die Bestrafung eines Betriebsführers und eines Steigers wegen andauernder Zuwiderhandlung gegen eine berggesetzliche Bestimmung herbeizuführen". (S. 605.)

Sehr interessant ist, was Berggrath von Dassel über die kleineren Bergwerksunternehmungen des Coblenzer Aufsichtsbezirkes zu erzählen hat: „Da zu deren Beginn es nennenswerther Kapitalien nicht bedürfte, so würden sie entweder von einem einzelnen Mann allein oder zusammen mit noch einigen anderen Personen — vielfach Verwandten — betrieben. Die Regel sei, daß der Arbeitgeber auf seinem Werke selbst mitarbeite, wie er sich auch in Bezug auf soziale Stellung und geistigen Bildungsstand von dem Arbeiter nicht wesentlich unterscheide. Der Blick dieser Leute reiche meist nur von heute auf morgen, sie seien in ihrer Mehrzahl von einer gewissen Engherzigkeit und der Gemeinnut sei bei ihnen nur in geringem Maße entwickelt. Es sei daher hier die wichtigste Aufgabe der Gewerbeaufsichtsbeamten selbst als treibende Kraft einzugreifen, mehr als dies sonst im Allgemeinen erforderlich sei. Es werde z. B. häufig Gelegenheit genommen, mit den Leuten in persönliche Berührung zu kommen, sie zu belehren, ihnen gültlich zuzureden, und wenn das nicht mehr ausreiche, durch Anwendung von gelinden oder scharfen Zwangsmitteln nachzuhelfen. Nur auf diese Weise sei es zu erreichen, daß die Leute ihren Betrieb so einrichten und führen, wie es geschehen müsse, damit die Gefahren möglichst eingeschränkt werden, daß sie sich und ihre Arbeiter gegen Unfall und Krankheit versichern, wogegen sie sich vielfach kränken, daß sie den sonstigen gewerbegesetzlichen Bestimmungen Folge leisten, daß sie sich der Uebergrieffe in fremde Rechte enthalten, daß sie sich nicht, wie bisher bekämpfen, sondern sich gegebenenfalls zum gemeinsamen Zwecke zusammen zu thun.“

Ueber die Frage, zu welchen Arbeiten werden die jugendlichen Arbeiter herangezogen, erhalten wir von einigen Aufsichtsbeamten Antwort. „Unter Tage bestand die Beschäftigung der jungen Leute im Definieren und Schließen von Weiterröhren, in Handlangerdiensten und im Säubern der Strecken. Ueber Tage verrichteten die jungen Leute leichtere Arbeiten bei der Kohlenfortbringung und Kohlenverladung. Sie lesen Steine aus den Kohlen, bewegen leere Förderwagen und reinigen diese. Auch kehren sie Bläse und Hallen und dienen als Handlanger und Boten. Eine Gefährdung der Sittlichkeit bei der Arbeit konnte nicht wahrgenommen werden. Auf die körperliche Entwicklung wirkte die Beschäftigung nicht nachtheilig ein.“ (Nord-Ostweib, S. 524.) „Die Beschäftigung erfolgt durchweg nur bei leichten Arbeiten unter und über Tage“ meldet Bergmeister Drosschmann. (S. 527.) Und sein Kollege aus Königshütte berichtet: „Ueber Tage besteht die Arbeit der jungen Leute im Abfahren, Kuppeln und Schmierern leerer Wagen, Rechen von Bühnen, Gleisen und Bläsen, Aussondern von Steinen, Reinigen von Eisenbahnwagen. Ein Theil verrichtet Botendienste oder wird in den Werksstätten beschäftigt.“ (S. 538.)

Ueber die Arbeitszeit der Jugendlichen vernehmen wir aus dem Bergrevier West-Waldburg Folgendes: Die jugendlichen Arbeiter werden beschäftigt auf Bismarckschicht von 6 Uhr früh bis 3 1/2 Uhr Nachmittags, mit Pausen von 7 1/2 bis 8 bzw. 8 bis 8 1/2 Vormittags und 11 bis 12 bzw. 12 bis 1 Uhr Mittags, auf Juliuschicht in zwei Dritteln von 6 Uhr früh bis 2 Uhr Mittags, mit Pausen von 8 bis 8 1/2 Uhr Vormittags und 12 bis 12 1/2 Uhr Mittags bzw. von 2 Uhr Mittags bis 10 Uhr Abends, mit Pausen 4 bis 4 1/2 Uhr Nachmittags und 8 bis 8 1/2 Uhr Abends. Es wird für wünschenswerth erachtet, daß für die Beschäftigung und Arbeitspausen der jugendlichen Arbeiter die Grenzen weiter gezogen würden, und daß die Anzeigepflicht bei Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern zweckmäßig eingeschränkt würde, so lange sich die Beschäftigung in den gesetzlichen Grenzen bewege, da der Betrieb vielfach Veränderungen plötzlich nöthig mache. (S. 554.) Ob sich dieser Wunsch rechtfertigen läßt, dürfte immer noch fraglich und einer näheren Untersuchung werth sein.

Ueber einen bedenklichen Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen berichtet Berggrath Balz-Süd-Ostweib, in dem ein Kind 14 Tage lang mit den übrigen jugendlichen Arbeitern 8 Stunden beschäftigt war.

Die Berichte verzeichnen fast alle eine erhebliche Zunahme in der Verwendung von jugendlichen Arbeitern. Die Zahlen schwanken zwischen 2,5 pCt. und 41 pCt. der Vermehrung.

Wie sieht es nun mit den erwachsenen männlichen Arbeitern? Entsprechend der oben schon (bei der Statistik) angeführten erheblichen Vermehrung dieser Arbeiterkategorie, werden in fast allen Bergrevieren bedeutende Vergrößerungen des Arbeiterbestandes gemeldet. Um nur einige Zahlen aus dem reichen Material herauszugreifen, stieg die Gesamtbeschäftigung im Bergrevier Oberhausen (S. 630) von 24 455 im Jahre 1903 auf 28 150 oder um 13,1 pCt.; im Bergrevier Hannover (S. 581) stellte sich die Gesamtbeschäftigung im Berichtsjahre auf 7274 Köpfe gegen 6297 im Vorjahre, was eine Zunahme von 977 Köpfen = 15,5 pCt. bedeutete.

Wie im vorigen Jahre Berggrath von Dassel-Koblenz, muß sein Nachfolger wiederum darüber Klage erheben, daß auf den Bergwerken, Dachschiefergruben und Basaltbrüchen die Arbeitsordnung nicht pünktlich innegehalten werde. Das gelte insbesondere von dem Lohnzahlungsstermin. Wie im vorigen Jahre sei wieder ein bedauer-

licher Fall bei einer Dachschiefergrube zu verzeichnen gewesen, wo wieder in Folge Konkurses eine Anzahl von Angeestellten und Arbeitern mit ihren Löhnen, die sich während längerer Zeit angesammelt hatten, im Rückstand geblieben sind. Die Erbitterung über derartige Lohnausfälle sei groß und berechtigt, und es wäre zu erwägen, ob man das gleiche Vorrecht, welches nach den Bestimmungen des 2. Abschnitts des preussischen Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung vom 23. Sept. 1899 für die Bergleute besteht, nicht auch auf die auf den Dachschiefergruben und Basaltbrüchen beschäftigten Personen ausdehnen solle.

Auch werde von den Arbeitern der Dachschiefer- und Basaltgruben darüber geklagt, daß die Arbeitgeber ihnen nicht selten die Abkehr rechtswidrig vorenthielten, um ihnen die Erlangung anderer Arbeitsgelegenheit zu erschweren und sie dadurch an sich zu fesseln. Auch unrichtige Berechnung des Lohnes sei verschiedentlich von den Arbeitern behauptet worden, ebenso unpünktliche Lohnzahlung. Es müsse daher vor allen Dingen danach gestrebt werden, daß die den Arbeitern durch die Arbeitsordnung eingeräumten Rechte nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern nöthigenfalls von den Arbeitern ohne große Erschwernisse geltend gemacht werden können. Sehr geeignet zur Erreichung dieses Zwecks würde die Errichtung eines Gewerbegerichts sein, und zwar eines Berggewerbegerichts. Abgesehen davon, daß ein solches Gericht rascher und billiger arbeite, empfehle sich ein solches schon aus dem Grunde, weil die auf den Dachschiefergruben bei Laubach, Müllerbach und Kaiserbach beschäftigten Arbeiter theilweise einen Weg von vielen Stunden bis zum zuständigen Amtsgerichte zurückzulegen haben. Deshalb ließen sie lieber Unrecht über sich ergehen, als daß sie die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen, um zu ihrem Rechte zu kommen. Es sei aber mit Sicherheit zu erwarten, daß schon die Thatsache der Errichtung eines Berggewerbegerichts für das Bergrevier Coblenz für sich allein wohlthätige Wirkungen haben würde, indem schon der Gedanke an das mögliche Eingreifen eines solchen Gerichts mancher Ungerechtigkeiten vorbeuge.

Was nun die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter betrifft, so ist es erfreulich zu konstatieren, daß die Wurmkrankheit dank der energischen Handhabung der angeordneten Maßregeln fast überall im Zurückgehen bzw. im Erlöschen begriffen ist. So beträgt z. B. der Prozentsatz an Wurmkranke im Bergrevier Dortmund (St.-Keddinghausen, S. 590) zur Zeit 2,4 pCt. gegen rund 28 pCt. bei Vornahme der ersten Durchsuchungen im Anfang des Jahres 1903. Bei den schwer verseuchten Bezirken (Dortmund III, S. 598) ist es gelungen, den Prozentsatz der Wurmkranke auf Beche Erin . . . von 73,9 pCt. auf rund 9,0 pCt.

Wesshausen	36,3	1,8
Borsula	42,0	7,0

zu vermindern. Diese Zahlen sprechen für sich. Auch in dem Bergrevier Süd-Bochum (S. 608) ist bei der am stärksten verseucht gefundenen Beche des Aufsichtsbezirkes, auf welcher bei der ersten Untersuchung 30,5 pCt. der Belegschaft als wurmkrank befunden wurden, dieser Prozentsatz nunmehr auf nur noch 5 pCt. herabgesunken. Ebenso ist der Prozentsatz auf der am meisten durchsuchten Schachtanlage des Reviers Nord-Bochum (S. 613) der Wurmbehafteten von 35,8 pCt. auf 1,55 pCt., auf einer zweiten von 23,4 auf 1,46 pCt. heruntergegangen. Endlich gab es im Bergrevier Wattencheid (S. 617) ursprünglich 42 pCt. Wurmkranke, während jetzt eine erhebliche Abnahme bis zu 6,02 pCt. festgestellt werden konnte.

Die Zahl der Unfälle im Bergbau ist leider wieder erheblich gestiegen. In Süd-Ostweib (S. 528) verunglückten 1802 oder rund 11 pCt. der Belegschaft. Und im Bergrevier Dortmund-Witten (S. 602) hat eine Zusammenstellung ergeben, daß während die Belegschaftszahl im Jahresdurchschnitt nur um 19,18 pCt. gestiegen ist, die Gesamtzahl der angezeigten Unfälle um 44,64 pCt. und die Zahl der schweren und tödtlichen Unfälle sogar um 275 pCt. stieg.

Die Gesamtzahl der Unfälle in Bochum betrug (nach unserer Zählung) rund 56 000 (genau 56 139). Diese Zahlen sprechen für sich und bedürfen keines Kommentars.

## Wochenchau.

Berlin, 5. Dezember 1905.

In dieser Woche geht allen Ortsvereinen die 5. **Probennummer des „Korrespondenzblattes“** zu. Wir bitten die Ausschüsse recht dringend, die Probennummern auch in den Vereinsversammlungen auszuliegen, damit jeder Verbandsgenosse Kenntnis davon erhält. Ferner muß es jeder Ausschuss für sich zu einer Ehrensache machen, möglichst zahlreiche Abonnenten auf das „Korrespondenzblatt“ zu gewinnen, jedenfalls darf nicht ein einziger Ortsverein Deutschlands unter den Bestellern fehlen.

Bis zum nächsten Montag, 11. Dezember, müssen die Bestellungen hier eingegangen sein. Das Abonnement beträgt 1,50 Mk. pro Quartal. Damit jedem einzelnen Besteller das „Korrespondenzblatt“ durch die Post ins Haus getragen werden kann, bitten

geschlossen bin, ohne daß man mich, wie es vor jedem Gericht der Welt üblich ist, gehört hat. Auch hinsichtlich heute nicht im Besitz eines Urtheils. Renne also schriftlich keine Gründe, welche meinen Ausschluß rechtfertigen.

Trotz dreimaliger Versuche, die Sache in den Instanzen der Berliner Verwaltung zur Sprache zu bringen, wußte dies Cohen dreimal zu verhindern. Cohen ist von den Vertrauensleuten der Kohrleger und Helfer gehört und hat dort nachweislich die Unwahrheit gesagt. Deshalb wollte Cohen den Nachweis dieser neuen Unwahrheit nur in einer möglichst kleinen Körperschaft zulassen. Einmal schien es, als wollte die mittlere Verwaltung diesem Treiben ein Ende machen. Da legte Cohen sein Amt nieder!

Die Ortsverwaltung gab nach, da seit zwei Tagen circa 10000 Kollegen der Elektroindustrie ausgesperrt waren. Siegt es im Interesse des Verbandes, persönliche Intrigen während eines solchen Kampfes in den Vordergrund zu rücken?

Der Hauptvorstand in Stuttgart antwortete im „Vorwärts“ ganz nach dem Muster der geheimen Behörde.

Der Vorstand machte hier von dem ihm laut § 27 Abs. 7 des Verbandsstatuts zustehenden Rechte, wonach Mitglieder ohne vorherige Untersuchung ausgeschlossen werden können, wenn ihre Verfehlungen klar zu Tage liegen. Gebrauch, da die Einbehaltung der Schriftstücke von der für die Reichsanstalt Partei ergreifenden Kommission der Kohrleger und Helfer in einem Flugblatte durch Schädigung des Sachverhalts bestätigt worden war, sein Einbringen in die Generalversammlung aber sich vor den Augen der Versammlungsteilnehmer vollzogen hat und zur Evidenz erwiesen ist. Erwährend bei der Beurteilung der Handlungsweise Wesenhal's sich ins Gewicht, daß ihm als früheren Verbandsfunktionär sowohl die statutarischen Bestimmungen, als auch die Unantastbarkeit der von der Verwaltung mit der Überwachung der Eingänge beauftragten Ordner bekannt sein mußte.

Und Cohen, der auch eine Erklärung im „Vorwärts“ abgibt, läßt darin den zweimaligen Vorwurf, wissentlich die Unwahrheit gesagt zu haben, unumwiderrprochen ruhig auf sich sitzen! Das läßt einen tiefen Blick thun in die Gastesberfassung dieses Weltverbesserers und Arbeiterführers.

**Stadtvorordnetenwahl.** Bei der am 27. November in Henriettenhütte stattgefundenen Wahl wurden 4 unserer Kollegen in die Gemeindevorretzung gewählt. Bravo!

**Der Centralverein für Arbeitsnachweis in Berlin** überreichte uns seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1904. Arbeitsuchende Arbeiter hatten sich 99 874 einschreiben lassen. Offene Stellen waren gemeldet 90 490 und besetzt werden konnten 67 017 Stellen. Der Bericht nimmt an, daß durchschnittlich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin 2 Arbeitsgesuche einreichen. Wenn dies richtig ist, dann würde die Zahl der im Arbeitsnachweis um Arbeit eingekommenen Arbeiter nur ca. 50 000 betragen. Der Berliner Arbeitsnachweis steht an der Spitze der Arbeitsnachweise Deutschlands.

Der amerikanische Geologe Professor R. S. Chaler will herausgeredet haben, daß die Eisenerzlager der Welt, wenn man von China absehe, in ungefähr 100 Jahren erschöpft sein würden. Nach 100 Jahren werde man gezwungen sein, minderwertige und tiefer gelegene Eisenerze für den Bedarf heranzuziehen. Auch der Vorrath an Kupfererz werde ebenfalls in verhältnismäßig kurzer Zeit aufgebraucht sein. Die Metalle Eisen wie Kupfer würden dann auf die Rangstufe der „Edelmetalle“ emporsteigen. Wie an die Stelle des bronzenen Zeitalters das eiserne getreten sei, so werde dann das Aluminium-Zeitalter folgen.

Entgegengehalten wird dieser Auffassung die Thatsache, daß ein von Jahr zu Jahr wachsender Betrag alten Eisens in der Form von Schrott wieder zur Industrie zurückkehrt. Aber auch ohne das alte Eisen wird der Vorrath an Eisenerzen noch viel länger ausreichen als Professor Chaler dies annimmt. Immerhin wird auch das Aluminium in der Metallversorgung der Welt einmal eine bedeutende Rolle zu spielen haben. Hierfür muß aber seine Herstellung erst einfacher und billiger werden.

**Lante Hedwig.** In dem Organ des Verbandes der katholischen Vereine „erwerbsthätiger Frauen und Mädchen Deutschlands“, „Die Frauenarbeit“, wird im Briefkasten der Nr. 21 vom 5. November „zwei trostlosen Jungfrauen“ folgender Rath erteilt:

Zwei trostlose Jungfrauen in Cr. 2. Wenn Ihr in Eurer Stellung Eure Religion treu ausüben könnt, so tragt ruhig die Lamm- oder die Kreuz- und denk, ein jeder Mensch muß sein Kreuz tragen. Tragt's aus Liebe zu Gott in der Meinung, desto fester im hl. Glauben zu werden. Rosen werdet Ihr nirgends finden. Wie manche Ehefrau hat in ihrem launenhaften Ehemann ein ewiges Hauskreuz, das sie mit Gebuld tragen muß. Also Gebuld! Lante Hedwig hat auch Kreuze zu tragen.

Wenn Lante Hedwig so denkt, wie sie den anderen zu denken anrath, so mag es ihr ein Vergnügen sein, Kreuze zu tragen. Im Interesse des sozialen Fortschritts möge die Lante Hedwig diese ihre Meinung aber für sich behalten. Von den Lamm- oder Kreuz-tragenden Menschen muß zu ein Rath wie eine grübliche Verhöhnung ihres Empfindens erscheinen.

Der Verband der Deutschen Gewerksvereine hat einen herben Verlust erfahren. Am 28. November starb nach nur zweitägigem Krankenlager das Mitglied des Centralraths

### Schatzmeister Otto Hübner in Burg.

Der im besten Mannesalter dahingegangene treue Mitarbeiter am Werke des ganzen Verbandes ist in den Sielen gestorben. Seit Jahren schon war er leidend, aber er achtete der körperlichen Beschwerden nicht und that wie ein Gesunder in vollem Maße seine Pflicht. Eine Reise nach Augsburg, zur Einführung des Kollegen Keppler als Agitationsbeamten für den Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter, wurde ihm zur Todesfahrt. Böllig gebrochen kehrte er heim; aber auch jetzt schonte sich der Kaiserlos: trotz ernster Mahnungen seiner Freunde und Kollegen nicht und so war er noch bis 2 Tage vor seinem Tode im Bureau thätig.

Der Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter verliert in Hübner einen treuen Hüter und Verwalter seiner Hauptkasse und einen für die Sache der Gewerksvereine wie der Arbeiter überhaupt begeisterten Führer. Darum wird sein unermüdliches, bis in den Tod getreues Wirken auch segnet sein für alle Zeit.

Zahlreich war die Beteiligung an der am 1. Dezember erfolgten Beisetzung. Für den Centralrath nahmen der Vorsitzende Gustav Hartmann und Verbandskassierer Rudolf Klein an dem Leichenbegängniß theil und legten einen Lorbeerkranz mit Widmung auf das Grab des untergegangenen Freundes und Kollegen nieder.

Er ruhe in Frieden!

## Gewerksvereins-Teil.

**§ Dessau.** Eine gut besuchte öffentliche Gewerksvereinsversammlung, einberufen vom hiesigen Ortsverband Deutscher Gewerksvereine (G.D.), hat am 19. November im Kaiserpalast der „Centralhalle“ hier stattgefunden. Verbandssekretär S. Reustedt-Berlin sprach über die Bedeutung der Gewerksvereine in der Arbeiterbewegung. Rechner wies zunächst auf die Bedeutung der Organisation der Arbeiter hin, und legte dar, daß insbesondere die Deutschen Gewerksvereine, als die Vereinigung der Pioniere der Arbeiter, mit ihren Zielen angefaßt der Schärfe des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Nothwendigkeit seien. Wohl streben auch die Deutschen Gewerksvereine auf möglichste Verstärkung der Arbeitszeit und mögliche Besserung der Lohnverhältnisse hin, ein Streben, das nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Industrie und des Staates liege; sie wünschten auf konstitutionellem Wege das Verhältniß zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber geregelt zu sehen und treten für Tarifverträge und Einigungsämter ein. Für die Berechtigung der Forderung auf Verkürzung ungebührlich langer Arbeitszeit verwies Rechner u. A. darauf, daß, wenn der deutsche Arbeiter genügend Zeit zu eigener Bildung und zur Erziehung seiner Kinder zu denkenden Menschen habe, es sicher nicht solche Massen des sogenannten „inneren Feindes“ geben würde, unter denen die Weissen einer gegebenen Parole blindlings folgten. Rechner verwahrte sich ferner gegen die Misgung, wie sie seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaften oft den Gewerksvereinen gegenüber behauptet werde und legte an Beispielen dar, wie seitens dieser Gewerkschaften bei der Inscenirung von Streiks oft genug keineswegs allein das Interesse der Arbeiter maßgebend sei. Die Gewerksvereiner händen, so sagte Rechner, keineswegs auf dem Harmoniebusel-Standpunkt, sondern wüßten, wo ihnen böser Wille auf Seiten der Arbeitgeber entgegen träte, auch zu kämpfen; sie kämpften aber nicht aus Prinzip, sondern nur, wenn sie gezwungen seien. Die Gewerksvereine bildeten so gleichsam das Gewissen der Arbeiterbewegung. Den Neutralitätsgedanken hochhaltend, seien die Gewerksvereine bereit, auch mit anderen Organisationen die Interessen der Arbeiter zu vertreten, aber sie forderten als Voraussetzung hierfür die Anerkennung der Gleichberechtigung. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich Gegner nicht. Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Schlußwort des Kollegen Reustedt wurde dann die Versammlung mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerksvereine geschlossen.

**§ Hamburg.** Das Brauhaus Teutonia in Altona, Brauergesellschaft der Saff- und Schankwirth Hamburgs, stellte durch seinen Braumeister im Laufe vorigen Monats an das Arbeitspersonal, welches nicht dem sozialdemokratischen Centralverband deutscher Brauereiarbeiter angehört, das Ansuchen, demselben beizutreten, wibrigensfalls sie ihrer Stellung verlustig gingen. Nachdem wir betreffende Brauerei auf die Gegewidrigkeit ihrer Handlungsweise hingewiesen und an ihr Verantwortlichkeitsgefühl appellirten, von solchem Schritt Abstand zu nehmen, erkannte die Leitung die Tragweite ihrer Unbesonnenheit und stellte es ganz entschieden in Abrede, daß das unerhörte Ansuchen von ihr ausginge; ihr Braumeister habe aus „eigener Initiative“ gehandelt. Ernstlich wird das wohl kein Mensch glauben, denn der Braumeister ist im Betriebe der Brauerei der Bevollmächtigte der Direktion, also die maßgebende Person, die für das Personal in Betracht kommt. Nachdem man aus der Lage beständig, werden wir dieser noblen, von der Sozialdemokratie abhängigen Gesellschaft beweisen, daß es für uns genau dasselbe ist, ob der Inhaber oder Braumeister so eine unerhörte Vergewaltigung vornimmt. Thatsächlich sind unsere Mitglieder denn auch am 1. Dezember gemagtregelt worden! Es betrifft dies 7 Mann unseres Vereins, und wird eine demnachst stattfindende Extra-Mitgliederversammlung aller

wir um genaue Angabe der Adressen. Zur Erleichterung für diese Aufgaben haben wir schon mit der ersten Probenummer allen Ortsvereinen eine „Bestellliste“ zugehen lassen.

Alle Geldsendungen und Bestellungen sind zu richten an unseren Verbandskassier Rudolf Klein, Berlin, NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsgegnossen im ganzen Reiche, helfst, daß das „Korrespondenzblatt“ zu Stande kommt!

Die unerhörte Fleischsteuerung war der erste Verhandlungsgegenstand im wiederzusammengetretenen Deutschen Reichstag. Die freisinnigen und sozialdemokratischen Redner gingen dem Herrn von Boddiekski scharf zu Leibe, während er von den konservativen geschützt und gestützt wurde. Auffällig war es, daß das Centrum seinen agrarischen Heißsporn, den Abg. Herold vorschickte. Von diesem konnte man natürlich keine energische Verurteilung der künstlichen Fleischsteuerung erwarten. Auch die Nationalliberalen ließen es an einer unabweisenden Erklärung fehlen. Die Reichsregierung ließ sagen, daß sie nichts thun könne, da die veterinärpolizeilichen Maßnahmen eine Angelegenheit der Einzelstaaten seien und nicht von Reichswegen eine Oeffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr angeordnet werden könne.

Was für ein ungeheures Volksvermögen die Fleischsteuerung verschlingt, das kann man am besten auf den Sparkassen beobachten. Während sonst die Spareinlagen wachsend zunahm, gehen sie gegenwärtig in unheimlicher Weise zurück. In der Berliner städtischen Sparkasse sind im 2. Quartal d. J. 800 000 Mk. mehr aus- als eingezahlt worden. Allein im Monat September ist fast eine Million Mark mehr abgehoben worden als eingezahlt wurde. Wenn die Berichte erst aus allen Sparkassen vorliegen, dann wird zu erkennen sein, daß überall der gleiche unerträgliche Zustand vorhanden war. Wir haben es mit einem allgemeinen Nothstand zu thun, dem abzuhelfen weder die Reichsregierung noch die einzelnen Staatsregierungen auch nur den Versuch machen.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Hilfsklassen, mit welchem das Hilfsklassengesetz beseitigt werden soll, ist dem Reichstage inzwischen zugegangen. Wir werden uns in nächster Nummer eingehend mit dem Gesetzentwurf beschäftigen.

**Arbeiterbewegung.** Die Lohnbewegung der sächsischen Bergarbeiter hat zur Folge gehabt, daß die Grubenbesitzer annehmbar erscheinende Zugeständnisse machten. Die Bergarbeiter forderten die Erhöhung der Schicht- und Alfordlöhne um 20—25 pCt. Die Besitzer und Verwaltungen der Bergwerke erkannten an, daß die Lebensmittel gestiegen und den Arbeitern, insbesondere den verheiratheten, Mehrkosten im Haushalt entstanden sind. Sie haben daher beschloffen, bis auf Weiteres allen Arbeitern, die das 21. Lebensjahr überschritten haben, und damit werden speziell die verheiratheten getroffen, eine Heuerzulage von 25 Pfg. pro Schicht und allen übrigen Arbeitern eine solche von 15 Pfg. pro Schicht zu gewähren. Es entspricht diese Zulage ungefähr einem Jahresbetrage von 80 Mk. für die erste und von 48 Mk. für die zweite Klasse von Arbeitern. Im Zwickauer Revier ist übrigens der Durchschnittslohn in den letzten Jahren ständig gesunken. So betrug derselbe im Jahre 1900 1224,96 Mk., im Jahre 1902 1083,21 Mk., im Jahre 1904 1080,75 Mk. Ueber die Stellung der sächsischen Bergarbeiter zu dem Angebot der Grubenverwaltungen liegen uns noch keine weiteren Nachrichten vor. — Im ober-schlesischen Kohlenrevier haben die in Aussicht gestellten Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Ein Werk bezogt für das von seinen Arbeitern bei bestimmten Fleischern gekaufte Fleisch den über 60 Pfg. pro Pfund hinausgehenden Mehrpreis. Das ist gut gemeint, wird aber von den Arbeitern nicht allgemein angenehm empfunden, weil so die Verkleinerung jedem Arbeiterhaushalt in den Kopf sehen kann. Wie wenig Fleisch manche Arbeiterfamilie kaufen kann, das sehen wir aus dem an anderer Stelle unserer Wochenschau aufgeführten Haushaltsbudget.

In Kiel haben die Angestellten der Straßenbahn die Offensive ergriffen und sind in einen Streik eingetreten. Die Ursachen sind folgende: Die Wagenführer, die durch die erfolgte Einführung von Schaffnern im Wegfall der Trinkgelder eine Schmälerung ihres Einkommens sahen, forderten eine Erhöhung ihres Lohnes, der 3 Mk. bis 3,55 Mk. beträgt, um 50 Pfg. Die Schaffner forderten denselben Lohn, den sie früher als Wagenführer bezogen hatten, nämlich 3,55 Mk. statt 3,40 Mk., sowie die Wiedereinführung der einprozentigen Lantime vom Bruttogewinn. Außerdem stellten beide Kategorien gemeinsame Forderungen: wie die strikte Jnnehaltung der zehnstündigen Arbeitsfrist, Vergütung der Ueberstunden und monatliche Rindungsfrist. Keiner der in den Kampf getretenen Angestellten ist organisiert. (1) — Die Posener Straßenbahner sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten, doch ist es zu einem Ausstand bisher nicht gekommen. Die wichtigsten Forderungen bestehen in einer fortlaufenden Heuerzulage von monatlich 10 Mk., Gewährung von ständiger Koalitionsfreiheit, sowie in noch sechs weiteren kleineren Wünschen. — Die Droschkentuischer in Berlin nehmen es mit ihrer Bewegung, einen neuen Tarif mit verbessertenöhnen durch-

zuführen, äußerst ernst. Die Besitzer wollen den alten Tarif auf weitere 2 1/2 Jahre abschließen, ohne besondere Zugeständnisse zu machen. Die Droschkentuischer verlangen von 10 Mk. Einnahme 2 Mk. Grundlohn und 25 pCt., oder von 12 Mk. Einnahme 2 Mk. Grundlohn, wenn die Unternehmer die Wagen durch besondere Arbeiter waschen lassen. Ferner werden verschleißbare Räume zur Unterbringung von Sachen und die Versicherung der Pivree gegen Brandschaden gefordert. — Der Streik der Wäschearbeiterinnen in Bielefeld dauert unverändert fort. Die Forderungen erstrecken sich hauptsächlich auf eine mäßige Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden. Die größten Firmen, die insgesammt 900 Arbeiter und Arbeiter beschäftigen, haben die Wünsche der Beschäftigten berücksichtigt, während sieben Fabrikanten die Forderungen ablehnen. Im Ausstand befinden sich 490 Näherinnen, 367 Plätterinnen und 7 Zuschneider. Gegen 150 Arbeitswillige sind in den Betrieben verblieben. Sollte es gelingen, auch diese noch aus den Arbeitsstätten zu ziehen, dann dürfte der gewünschte Erfolg nicht ausbleiben. — Unter den Werftarbeitern in Gaarden bei Kiel macht sich eine starke Mißstimmung gegen die Verfertigung bemerkbar. Die Arbeiter verfaßten über die Arbeitsverhältnisse eine Denkschrift und überreichten diese dann der Marineverwaltung. Dieselbe ließ die Denkschrift unbeachtet. Jetzt erheben die Werftarbeiter von Neuem ihre Forderungen, die in der neunstündigen Arbeitszeit und in einer entsprechenden Lohnerhöhung gipfeln. — In Halle a. d. S. droht droht eine Aussperrung der Metallarbeiter. In der Armaturenfabrik von Blante in Merseburg wollen die dort beschäftigten Metallarbeiter in einen Streik eintreten. Um diesen den Arbeitern unmöglich zu machen, beschloß der Halle'sche Industriellenverband eine Aussperrung stattfinden zu lassen, sobald der Streik ausbrechen sollte. — Die Schlossergesellen in Berlin haben ihren am 1. April 1906 ablaufenden Tarifvertrag gekündigt und stellen Forderungen auf Lohnerhöhung. — Die Maler und Anstreicher Berlins verlangen die Herabsetzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden, sowie Mindeststundenlöhne von 70 bezw. 65 Pfg. Die gegenwärtige Lohnhöhe beträgt 55 bezw. 50 Pfg. Die Arbeitgeber wollen einen Normallohn von 60 Pfg. für die Maler und 50 Pfg. für die Anstreicher bewilligen. Falls keine rechtzeitige Einigung stattfindet, sind mit Beginn des kommenden Jahres größere Lohnkämpfe zu erwarten.

**Ein Arbeiterhaushaltsbudget.** Angesichts der herrschenden Löhnerverhältnisse und des immer deutlicher hervorretenden Strebens, jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen möglichst zu verhindern, dürfte folgendes Budget von besonderem Interesse sein, welches der Gewerbeinspektor für Bremen in seinem amtlichen Bericht veröffentlicht. Nachdem er mitgeteilt hat, daß der ortsübliche Tagelohn in seinem Bezirke 3,20 Mk. beträgt, fährt er fort: „Der nachstehende Haushaltsplan einer achtköpfigen Arbeiterfamilie, dem sich viele andere gleichgeartete anreihen lassen, gestattet den Vergleich eines Wochenverdienstes von 20—22 Mk. mit den diesem gegenüberstehenden Ausgaben:

Stroh . . . . .	6,00 Mk.
Mittagsessen . . . . .	5,00
Beer- und Fahrgeld für den Mann . . . . .	2,00
Kaffee . . . . .	0,40
Hoggen . . . . .	0,15
Petroleum . . . . .	0,22
Kartoffeln . . . . .	1,00
Margarine . . . . .	2,40
Schmalz . . . . .	1,20
Auflage für den Mann . . . . .	0,60
Zusammen 18,97 Mk.	

Für alle übrigen Ausgaben, als Miete, Kleidung, Wäsche u. s. w., stehen dann noch 1—3 Mk. zur Verfügung. Wohnt die Familie außerhalb der Stadt und verfügt wie im vorliegenden Falle über etwas Gartenland, das die Frau mit den größeren Kindern bearbeitet kann, so ist es gerade möglich, die erstere von der gemeinlichen Mitarbeit fernzuhalten. Wo vorstehende Bedingungen nicht erfüllt sind, da machen sich in minderbemittelten Volksklassen Bestrebungen bemerkbar, die darauf hinarbeiten, die Verhältnisse möglichst auf andere Weise als durch direkte Arbeitsleistungen zu verbessern.

Auf „andere Weise“ soll heißen durch Annahme von Schlafburischen, Pflegekindern u. s. w. Im Uebrigen zeigt das Budget, wie tief die Ernährungsweise deutscher Arbeiterfamilien herabgedrückt ist. Man lese unsern heutigen Leitartikel.

**Die Korruption im Metallarbeiterverbande** zeitigt immer größeren Haß und Eank. Die von dem ausgeschlossenen Wiesenthal im „Vorwärts“ abgegebene Erklärung ist ein schlimmes Zeugnis dafür, wie brutal und rücksichtslos im Metallarbeiterverband gehandelt wird. In dieser Erklärung heißt es:

Es gibt Protokolle und andere Belege, welche nachweisen, daß Cohen wesentlich die Unwahrheit sagt. Es ist unwar, daß der Kollege Horn verprügelt ist. — Wahr ist, daß ich im Besitz meines Mitgliedsbuches die Generalversammlung vom 12. November er. besuchen wollte, von Horn mit Gewalt an der Thür zurückgewiesen werden sollte und denselben bei Seite schob. Nachdem ich circa 20 Schritte im Saal war, nannte Horn die mir folgenden 30—50 Kollegen das Wiesenthal'sche Lumpengesindel. Dafür das Ausschlußverfahren gegen Horn von der Rohrlagerkommission. Es ist unwar, daß ich ausgeschlossen bin wegen Verfassung des Flugblattes in der Rohrlagerfrage, der Verprügelung eines Kollegen und der Benachrichtigung der bürgerlichen Presse. Wahr ist, daß ich aus-

**Gewerkvereiner Stellung in der Frage zu nehmen, welcher Rechte und Freiheiten sich ein heutiger Staatsbürger zu erfreuen hat, falls er nicht Sozialdemokrat ist.**

**S Herzberg.**

**§ Kaiserslautern.** Der D.-B. des Vereins der Deutschen Kaufleute beschloß sich in seiner, am Donnerstag, 30. November, im Vereinslokal Café Carlberg, sehr gut besuchten Vereinsversammlung mit der Entscheidung von Handels-Inspektoren und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 30. November im Vereinslokal Café Carlberg zahlreich besuchte Versammlung des Vereins der Deutschen Kaufleute, Ortsverein Kaiserslautern, hält nach einem, mit Beifall aufgenommenen Referat die Einführung von Handelsinspektoren für dringend geboten und ersucht den Generalrath, die gesetzgebenden Körperschaften zu veranlassen, den § 139 d der R. O. D. dahin auszudehnen, daß auch für das Handelsgewerbe eine Aufsichtbehörde mit gleichen Vollmachten und Befugnissen, wie sie bisher in § 139 b der R. O. D. besteht, geschaffen werde. Hierzu sind Handlungsgehilfen als Hilfsinspektoren heranzuziehen. Die Aufsicht muß auch unbedingt auf die Wohn- und Schlafräume der mit freier Station im Hause Angestellten ausgedehnt werden.“

**L.**

**§ Nürnberg.** Der D.-B. händischer Arbeiter, obwohl erst seit März vorigen Jahres bestehend, zählt heute 173 Mitglieder. Vor Allem ist es ihm gelungen, die hiesige Stadtvertretung, die in ihrer Mehrzahl nichts weniger als sozial gefirmt ist endlich dahin zu bringen, Arbeiterauschüsse zu errichten. Vergangene Woche fanden nun die Wahlen zu diesen Ausschüssen statt und trotzdem die sozialen und christlichen Gewerkschaften, die schon länger bestehen, gemeinjam vortraten und auch Unorganisirte in ihre Vorschlagsliste mit aufnahmen, so siegte doch in einer Anzahl Betriebe die hiesige Dunder'sche Liste mit großer Stimmenmehrheit. Folgende Gewerkvereiner wurden als Ausschußmitglieder gewählt: für Straßenreinigung, Werksstättenarbeiter, Kutsher v.: Herzog, Baier, Kreuthaler, Zimmer, Feinick und Popp; für Straßenbau und Straßenunterhaltung: Klein, Krauer und Weckert; für Kanalreinigung: Stieg und Kempel; für den Schlachthof: Ritter. Der Ortsverein hat damit recht erfreuliche Resultate erzielt und das wohl vor Allem aus dem Grunde, weil er sich als neutrale Arbeiterorganisation von allem politischen und religiösen Getriebe fernhält, die Förderung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder in energischer Weise betreibt und weil er, trotz aller Angriffe von oben und unten, unentwegt sein Ziel verfolgt.

**K.**

**§ Striegau.** Am Montag, den 20. November, hielt unser Ortsverband im Gasthof zum „Feldschlösschen“ eine gutbesuchte Gewerkvereiner-Versammlung ab, für welche der Verbandssekretär Kollege Klavon-Berlin das Referat übernommen hatte. Derselbe erinnerte zunächst an den großen Ferkarbeiterstreik im Ruhrgebiet, an den Metallarbeiterstreik in Bayern, den Weberstreik im Vogtlande und an die Massenaußsperrungen in Berlin. Alle diese Vorgänge haben gezeigt, daß es eine zwingende Nothwendigkeit ist, daß die Arbeiter sich fester als je zusammenschließen müssen, um den Arbeitgebern einen Damm, eine ebenbürtige Macht gegenüberstellen zu können. Denn nur dann sei es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die Arbeitgeber, welche sich ebenfalls zu Ringen und Symbolen vereinigt haben ohne Unterschied der Partei und Religion, nur das eine Interesse im Auge, die Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen, beantworten ihren Herrenstandpunkt zum Ausdruck zu bringen. Die gegenwärtige Thuerung der Nahrungsmittel, vorzugsweise die künstliche Preissteigerung des Fleisches, bedingen aber für den Arbeiter erhöhte Ausgaben und als weitere Folge eine Unterernährung des Volkes. Denn die Löhne haben mit dieser Thuerung nicht gleichen Schritt gehalten, weshalb die Forderungen der Arbeiter nach besserer Bezahlung durchaus gerechtfertigt seien. Es müßten die Arbeiter gleich den Arbeitgebern ebenfalls, ohne Partei und Religion in Betracht zu ziehen, einig sein, die gegenseitigen Verbindlichkeiten und Befähigungen der Arbeiterorganisationen untereinander müßten aufhören und nur das eine Ziel, höhere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erringen, verfolgt werden. Um dies zu erreichen, muß es sich ein Jeder zur Pflicht machen, die noch unorganisirten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Eintritt in die Organisationen bewegen zu suchen. Erst dann wird es möglich sein, die Arbeitgeber zu zwingen, auf die Wünsche der Arbeiter mehr zu hören und mit ihnen über ihre Forderungen zu verhandeln. Im Weiteren kennzeichnete der Referent die Aussperrungen, nannte sie Ausfälle der Macht- und Herrschaftselite der Arbeitgeber und verlangte, daß die Verantworte derselben ebenso zur Verantwortung gezogen werden müßten wie die Arbeiter, welche ihre Kollegen bei Streiks von der Arbeit abzuhalten suchen. Nach einer treffenden Schilderung der Verhältnisse in Oberschlesien und Kritik der Ausführungen des „Oberschlesischen Wardeners“ richtete Referent die bringende Mahnung an alle Anwesenden, soweit dies noch nicht der Fall sei, sich zu organisieren und den Deutschen Gewerkvereiner beizutreten.

In der sich anschließenden Diskussion meldete sich ein von den Gewerkschaften nach hier beordertes Herr Dittrich aus Breslau zum Wort und führte aus, daß an dem Vortrage des Referenten nichts auszusagen sei. Dennoch könnte man es sich nicht verlagern, den Gewerkvereiner die schon zu wiederholten Malen wiederholten Fehler, welche einzelne Mitglieder begangen haben sollen, vorzuhalten. Ein anderer Gewerkschafter bemühte sich, die Parteipolitik in die Diskussion zu ziehen, weshalb ihm vom Vorsitzenden bedeutet wurde, daß die Versammlung keine politische sei und ihm, falls er auf diesem Gebiete weiter sprechen wolle, das Wort entzogen werden müsse. Wieder ein Anderer versuchte durch Vorlesen eines gebälligen Leitungsartikels unsere Organisation zu bekämpfen, blieb aber unverständlich. Damit hatte die Diskussion ihr Ende erreicht. In seinem Schlusswort verband es Kollege Klavon trefflich, den Gewerkschaften klar zu machen, daß diese den Splitter im Auge des Andern wohl sehen, den Balken im eigenen Auge jedoch nicht gewahrt werden. Er bewies ihnen unter Anführung von Thatsachen, daß gerade in den Reihen der freien Gewerkschaften weit schlimmere Fehler begangen werden wie: Streikbruch, Verrath an der Arbeiterfrage, als man uns nachweisen könnte. Wie schon so oft, so geschah es auch hier, daß die Anhänger der „modernen“ Gewerkschaftsordnung es nicht vertragen können, wenn ihnen die Wahrheit vor Augen geführt wird. Durch lautes Lachen, Schreien und fortgesetzte Zurufe suchten sie den Redner zu unterbrechen und am Weiterreden zu hindern, so daß sich der Vorsitzende veranlaßt sah, die Versammlung zu schließen.

**§. Schönfelder, Schriftführer.**

# Verbands-Zeitung.

## \* An die Ortsverbände und Ortsvereine in ganz Deutschland!

Werthe Verbandsgegossen!

Der Verbandstag zu Hannover hat bezüglich der Bildung von Ausbreitungsverbänden folgenden Beschluß gefaßt:

Zur Durchführung einer energischen Agitation können sich für größere, zusammenhängende Bezirke Ausbreitungsverbände bilden und zwar für folgende Bezirke: Rheinland-Westfalen, Süddeutschland, Mitteldeutschland, Schlesien mit Posen, Brandenburg mit den östlichen Bezirken. Diese Verbände erhalten, wenn sie 4000 Mitglieder zählen, eine jährliche Beihilfe von 1000 Mk. Sollten sich für solche Bezirke, die sich in die obengenannten Bezirke nicht einfügen lassen, Ausbreitungsverbände bilden, so erhalten dieselben eine Beihilfe nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl. Das gleiche Verhältnis tritt ein, wenn die obengenannten großen Verbände nicht die Mitgliederzahl von 4000 erreichen.

Die Beihilfe wird nur dann gewährt, wenn die Mitglieder der Verbände einen vierteljährlichen Beitrag von mindestens 5 Pfg. zahlen.

In Folge vielerorts Grenzstreitigkeiten der bestehenden Ausbreitungsverbände untereinander hat der Centralrath der Deutschen Gewerkvereiner in seiner Sitzung vom 9. November folgende Eintheilung für die Bezirke der Ausbreitungsverbände festgesetzt. Hiernach gehören zum

### I. Bezirk.

Königreich Bayern, Württemberg, Baden und Hessen südlich des Main mit Frankfurt a. M., ca. 275 Ortsvereine mit rund 12 800 Mitgliedern.

### II. Bezirk.

Rheinland und Westfalen, ca. 470 Ortsvereine mit rund 21 800 Mitgliedern.

### III. Bezirk.

Königreich Sachsen, Provinz Sachsen, Thüringische Staaten, Braunschweig und Hannover ohne die Regierungsbezirke Aachen, Osnabrück und Stade, ca. 500 Ortsvereine mit rund 21 000 Mitgliedern.

### IV. Bezirk.

Provinz Brandenburg, Pommern und Mecklenburg, ca. 366 Ortsvereine mit rund 19 000 Mitgliedern.

### V. Bezirk.

Provinz Polen und Schlesien ohne Regierungsbezirk Oppeln, ca. 340 Ortsvereine mit rund 16 000 Mitgliedern.

Wir eruchen nunmehr diesen Bezirkslisten gemäß zu handeln und die bestehenden kleineren Ausbreitungsverbände innerhalb der hier vorgeschriebenen Bezirke einheitlich zusammenzufassen. Zur weiteren Informativ bitten wir die Verhandlungen im Verbandsprotokoll von Hannover von Seite 252-257 nachzulesen.

Der Centralrath kann auf andere geartete Zusammenlegungen von Ortsverbänden und Ortsvereinen zu Ausbreitungsverbänden nicht eingehen, weil er gehalten ist, den Beschluß des Verbandstages zur Ausführung zu bringen. Durch Einigkeit werden diese Ausbreitungsverbände ihre Zweckmäßigkeit beweisen können. Der nächste Verbandstag ist dann in der Lage, weitere Entscheidungen zu treffen.

Die Beiträge zum Ausbreitungsverband von mindestens 5 Pfg. pro Vierteljahr müssen von den Mitgliedern aus ihren eigenen Mitteln aufgebracht werden. Es ist daher nicht erlaubt, diese Beiträge aus den Ortsverbandskassen zu entnehmen. Die Ortsverbände sind selbst zur Agitation verpflichtet und brauchen dazu auch ihr Geld.

Ueber diese durch den Beschluß des Verbandstages vorgeschriebene Eintheilung äußert sich der Ausbreitungsverband für das Königreich Sachsen beizweck. Zu einer an die Mitglieder des Centralraths gerichteten Zuschrift wird es für ein Uebrig erklärt, die Bezirke für die Ausbreitungsverbände nur geographisch abzutheilen. Der Verband Sächsischer Industrieller repräsentire, wie der Syndikus des Verbandes mitgeteilt habe, 225 000 Arbeiter. Dieser große sächsische Unternehmerverband bedinge auch einen sächsischen Ausbreitungsverband. Der sächsische Ausbreitungsverband sei ein Landesverband, der Aufgaben zu lösen habe, die ihm kein anderer Agitationsverband oder Ausbreitungsverband in Mitteldeutschland abnehmen könne. Die Kollegen in Halle oder Magdeburg wären nicht in der Lage, die sächsischen Verhältnisse zu übersehen, noch viel weniger Stellung zu diesen zu nehmen. Auch würde die sächsische Regierung auf keinen Fall auf solche Eingaben reagieren, die ihr von einer außersächsischen Korporation zuwaehen würden.

Im Centralrath hat Niemand etwas dagegen einzuwenden, wenn der Sächsische Ausbreitungsverband sich nicht mit dem Mitteldeutschen Ausbreitungsverband verschmelzen, sondern selbstständig bestehen bleiben will. Von einer Einrichtung, wie in Nr. 8 des „Sächsischen Gewerkevereinsblattes“ behauptet wird, kann also absolut keine Rede sein. Die auf dem Verbandstage in Hannover angenommene Resolution erklärt aber mit aller Bestimmtheit, daß in Mitteldeutschland nur ein Ausbreitungsverband bestehen soll, auf den der Beschluß betreffend die Unterstützung mit 1000 Mk. anzuwenden ist.

Der Verbandstag hat durch die Erhöhung der Verbandsbeiträge dem Verbandsverbande eine jährliche Mehrerinnahme von 10 000 Mk. zuge-

führt zu dem Zwecke, davon fünf bestimmt unarenzte Ausbreitungsverbände mit je 1000 Mk. zu unterstützen und die übrigen 5000 Mk. zur Anstellung eines neuen Beamten bezw. für die hauptsächlich von diesem zu betreibende Agitation zu verwenden. In Folge der starken Finanzschwäche des Verbandes bei der Streikunterstützung für einzelne Gewerbevereine, ist aber die Mehrzahl des Verbandes nicht nur vollkommen aufgebraucht worden, sondern es mußte auch das Verbandsvermögen in Angriff genommen werden. Inzwischen, der Centralrat hat sich grundsätzlich nicht über den Beschluß des Verbandstages hinwegsetzen.

Der von dem „Sächsischen Gewerbevereinsblatt“ gemachte Unterschied zwischen einem Antrag und einer Resolution ist durchaus hinfällig. Wenn die Auffassung des Sächsischen Ausbreitungsverbandes richtig wäre, dann müßten die 120 000 Mitglieder der gesamten Organisation berechtigt sein, zu je 4000 einen Ausbreitungsverband zu gründen und dann würden die Ausgaben hierfür 30 000 Mk. betragen. Mit der in Hannover angenommenen Resolution sollte bezweckt werden, daß zunächst 5 Ausbreitungsverbände mit je 1000 Mk. unterstützt werden. Das lag im Rahmen der hierfür bewilligten Mittel. Es ist daher auch selbstverständlich, daß der Verbandstag nicht gewollt hat, daß in Mitteldeutschland 3 Ausbreitungsverbände bestehen und jeder für sich die in der Resolution vorgesehene Unterstützung erhalten soll. Da wäre es ebenso angebracht auch für Süddeutschland 3 Ausbreitungsverbände ins Leben zu rufen, was gewiß geschehen würde, wenn jedem die Unterstützung von 1000 Mk. zu Theil werden könnte.

Das Königreich Sachsen kann sich nicht als einen „Bezirk“ ansehen, der sich nicht in einen Mitteldeutschen Ausbreitungsverband einfügen ließe.

Ob der Beschluß des Verbandstages ein glücklicher war, das haben wir nicht zu entscheiden. Der Beschluß liegt vor und muß ausgeführt werden. Aus dem Königreich Sachsen waren 2 Delegirte auf dem Verbandstage anwesend. Keiner von Beiden war gegen die bestimmte umgrenzte Eintheilung der Ausbreitungsverbände, wie sie die Resolution vorsieht. Auch der Kollege Brandt-Dresden hat gegen die Resolution Ziegler keinen Einwand erhoben.

Um Eingaben an die Königliche Staatsregierung in Sachsen zu machen, bedarf es keines besonderen Landesverbandes. Der Erfolg des Dresdener Ortsverbandes in der Schöffengerichtsfrage ist nützlich geworden für das ganze Königreich Sachsen. Jedenfalls bedarf es zu gelegentlichen Eingaben an die Staatsbehörden keiner besonderen Organisation. Hierüber kann sehr leicht auch auf anderem Wege eine Verständigung unter den sächsischen Gewerbevereinen erzielt werden. Und dem Sächsischen Unternehmerverband ist ein Sächsischer Ausbreitungsverband ohnehin nicht gemachsen. Dieser Grund also schlägt gar nicht durch. Wo es zum Kampfe mit einem großen Unternehmerverband kommt, da muß doch die gesamte Organisation zu Hilfe gerufen werden.

Ein Ausbreitungsverband hat die Aufgabe, neue Gebiete für die Organisation zu erschließen und innerhalb seines gesamten Bereichs die Gewerbevereine durch Gründung neuer Ortsvereine und Wehrung ihrer Mitglieder weiter auszustreuen. So sagt es schon der Name und so will es auch das eigentliche Wesen der Ausbreitungsverbände. Warum innerhalb des deutschen Reiches und innerhalb des gesamten Verbandes der Deutschen Gewerbevereine die einzelnen Landesgrenzen Hindernisse sein sollen für die agitatorische Wirksamkeit von Ausbreitungsverbänden, will uns allerdings nicht in den Sinn. Das einheitliche Interesse aller deutschen Gewerbevereiner, welchem Landestheile sie auch angehören mögen, zwingt uns alle zu ungehinderter Kraftentfaltung für die Vergrößerung des gesamten Verbandes. Die drei Mitteldeutschen Ausbreitungsverbände werden sowohl auf dem Gebiete des Zeitungswesens, als auch einer energischen Agitation gewiß Großes und Nütziges leisten können, wenn sie alle Kräfte planvoll zusammenfassen. In der Zerplitterung der Kräfte aber liegt der Keim zur Verkümmern auf beiden Gebieten.

Berlin, 27. November 1905.

Mit Gewerbevereinsgruß

Das Bureau des Centralrats der Deutschen Gewerbevereine.  
J. A. G. Hartmann, Vorsitzender.

**\* Norddeutscher Ausbreitungsverband.**

Protokoll der Sitzung vom 22. November, Nachm. 4 Uhr, abgehalten im Lokal Engelke, Schifferstr. 9.

Entschuldigt fehlen die Kollegen Kufenkamp und Frau. Als Gäste nehmen an der Sitzung theil die Kollegen Frau Galties, Wölter, Hummel und Rohde.

Im ersten Punkt der Tagesordnung berichtet Kollege Kunow über seinen Besuch in der Versammlung des D.-B. der Schiffsjimmerer-Bredow, der Schriftführer über seinen Besuch des D.-B. der Schuhmacher und Lederarbeiter-Stettin. Der Kollege Bartel tritt ein. Kollege Galties berichtet über seinen Besuch beim D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter-Engeln und Wölter und Ziegler-Mecklenburg, Kollege Kunow über seinen Besuch des Ortsverbandes Prenzlau. Nach diesen Berichten fand eine kurze Aussprache über den Besuch von Versammlungen statt. Beschlossen wird, den Tätigkeitsbericht den Vereinen zur Kenntniss zu bringen. Der Kollege Rohde ersucht doch den D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter-Torpin bei der nächsten

Gelegenheit mit Besuchen zu lassen. Diesem wird zugestimmt. Die Kollegen Köpp und Daal treten ein. Bezüglich Versammlungsbuch wird beschlossen: den D.-B. der Kaufleute besucht Biegl, 11 Kanow, 111 Galties IV. Biegl, den D.-B. der Maschinenbauer-Stettin Kollege Galties, weibliche Arbeiter Kunow und Maschinenbauer-Bredow Kunow und Biegl. Im Geschäftlichen liegen Schreiben vom D.-B. der Eisener-Brandenburg, Sachmader-Bülow und Ortsverband Barth vor, diese werden zur Kenntniss genommen, ebenso ein längerer Bericht über den Besuch des Kollegen Krüger zur Konferenz der Tischler in Dirschau. Ein Aufruf des Brandenburgischen Lausitzer Ausbreitungsverbandes betreffs Agitation wird verlesen. Betreffs des vom Centralrat her ausgegebenen Korrespondenzblattes wird beschlossen, dieses überall in den Versammlungen zu empfehlen. Kollege Köpp berichtet kurz über den beendeten Streik bei der Firma Kälte-Stettin. Die verlagte Angelegenheit über Flugblattverbreitung für den Frauengewerbeverein wird geregelt.

Einige Angelegenheiten betreffs der eingerichteten Diskutirabende werden eingehend besprochen und dem Schriftführer die Regelung dieser Angelegenheit übertragen.

Die nächste Sitzung findet am Montag, den 11. Dezember, Nachm. 3 Uhr, bei Engelke, Schifferstr. 9, statt.

Nachdem folgt Schluß der Sitzung um 7 1/2 Uhr Abends.

R. Piepker, Schriftführer.

**\* Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.) für das Herzogthum Anhalt und Provinz Sachsen.**

Protokoll der 5. Vorstandssitzung vom 29. November, Abends 9 Uhr, im Lokal Budin. Anwesend sind die Kollegen Ziemann, Kett, Kubert, Zriebel, Raus, Pella, Becker, Blume, Schröder, Böhler.

Der Vorsitzende theilt zunächst mit, daß der Schmeißer der Fabrik- und Handarbeiter, Kollege D. Hübner-Burg, nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Das Andenken desselben wird durch Erheben von den Plätzen gekehrt. Der Schriftführer wird beauftragt, dem Centralrat die Beileidsbezeugungen des Vorstandes zu übersmitteln.

Kubert berichtet über ein Schreiben des D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Giersleben, der zum 1. Januar 1906 seinen Beitritt zum Ausbreitungsverbande anmeldet und giebt zugleich die Eintheilung der Bezirke bekannt und berichtet ferner über den Besuch des D.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter Pöckau. Dem engeren Anschluß wird jedoch abgesehen, die Bezirks-eintheilung bis zur Sitzung am 13. Dezember 1905 wesentlich zu erweitern. Kollege Böhler wird beauftragt nach Luedlinburg zum 11. Dezember cr. die dortige außerordentliche Versammlung der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu besuchen und in derselben für Anschluß an den Ausbreitungsverband zu plädieren und über die Sitzungsfrage zu referieren. Ueber die vom Centralrat veranlaßte Eintheilung der Ausbreitungsverbände im ganzen Reiche entspinnt sich eine lebhafteste Debatte und sprechen sich sämtliche Kollegen mißbilligend darüber aus, und erheben entschiedenen Protest dagegen. Es wird die vom Kollegen Ziemann eingebrachte Resolution einstimmig angenommen. Derselbe hat folgenden Wortlaut: „Der Vorstand des Ausbreitungsverbandes „Sachsen-Anhalt“ protestirt ganz energisch gegen die vom Centralrat vorgeschlagene Bezirks-eintheilung für die Ausbreitungsverbände. Der Vorstand ist der Ansicht, daß es unmöglich ist, einen derartigen Bezirk, wie es der als 3. Bezirk vom Centralrat festgesetzte ist, einen Ausbreitungsverband zu theilen, da es demselben unmöglich wäre, das Ausbreitungsverbandsgebiet so intensiv zu bearbeiten, wie es von dem Verbandsverbande unbedingt verlangt werden muß. Der Vorstand ist ferner der Ansicht, daß Ausbreitungsverbände, welche ernstlich gewillt sind, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Deutschen Gewerbevereine zu arbeiten, seitens des Centralrats Hindernisse irgend welcher Art nicht in den Weg gelegt werden dürfen. Schließlich erklärt der Vorstand, daß die Bezirks-eintheilung des Centralrats durchaus nicht im Einklang mit der auf dem Verbandstage zu Hannover 1904 angenommenen Resolution erfolgt ist.“

Schröder, Becker, Blume, Böhler machen den Vorschlag, mit dem Mitteldeutschen Ausbreitungsverbande, sich zu verbinden zu treten, um eine einheitliche Organisation zu schaffen. Selbiges wird angenommen. Eine längere Diskussion veranlaßt noch die vom Ausbreitungsverband geplante, wöchentlich einmal erscheinende Zeitung „Mitteldeutscher Kurier“. Hierzu wird noch eine Preiskommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Görge, Peller, Böhler, Ickterer als Expedient. Kollege Ziemann übergibt nunmehr den Vortrag an Kollegen B.-r., noch einige Informationen hinzuzufügen. Becker übernimmt denselben und dankt Ziemann für seine bisherige Mithilfe. Schluß 12 1/2 Uhr Nachts. R. Kubert, Schriftführer.

**Zusammenhang**

für die ausgeperrten Arbeiter der Elektrizitäts-Industrie Berlin und Umgegend.

Gesammelt in den Daimler-Werken durch Wilh. Nr. 17, 15. Tischler: Colibus 3,05.

Summa 20,20 Mk. Bereits quittirt 5479,59 Mk. Insgesamt 5499,79 Mk.

Berichtigung. In der Nr. 43 veröffentlichten Quittung soll es statt Maschinenbauer Kabeberg — Fabrik- und Handarbeiter Kabeberg Nr. 10,00 heißen.

In Nr. 47: Maschinenbau- und Metallarbeiter Wilhelm II-Ruhr statt Nr. 5,70 — Nr. 8,70.

Berlin, den 5. Dezember 1905.

R. Klein, Verbandskassirer.

**Versammlungen.**

Berlin. Diskutirklub der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine, N.O., Greifswalderstr. 221/222. Am 13. 12. Vortrag d. Koll. M. Schumacher über Arbeitslosenversicherung. Gäste stets willkommen. — Sängerkhor der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.). Jeden Donnerstag, Abends 9—11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 9. Dezember. Maschinenbau- und Metallarbeiter L.

\*) Gelder sind nur zu senden an Verbandskassirer Rudolf Klein, Berlin N.O. 65, Greifswalderstr. 221/222.